

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

**Enquetekommission  
„Norddeutsche Kooperation“**

17. WP - 18. Sitzung

am Montag, dem 27. Juni 2011, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Dr. Gitta Trauernicht (SPD) stellv. Vorsitzende  
Petra Nicolaisen (CDU)  
Katja Rathje-Hoffmann (CDU)  
Bernd Jorkisch  
Martin Habersaat (SPD)  
Anette Langner (SPD)  
Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)  
Gerrit Koch (FDP)  
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)  
Anke Spoorendonk (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Hans Müller (SPD)

**Fehlende Abgeordnete**

Markus Matthießen (CDU) Vorsitzender  
Dr. Michael von Abercron (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Anhörungen zum Themenfeld „Kulturpolitik“</b>	<b>4</b>
<b>2. Diskussion der Ergebnisse</b>	<b>32</b>
<b>3. Verschiedenes</b>	<b>32</b>

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, wird durch die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Dr. Trauernicht, vertreten. Abg. Dr. Trauernicht eröffnet die Sitzung um 14:07 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Enquetekommission fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Anhörungen zum Themenfeld „Kulturpolitik“**

Die stellvertretende Vorsitzende weist zu Beginn darauf hin, dass Herr Dr. Meyer-Hesemann lediglich bis kurz vor 15 Uhr zur Verfügung stehe und er daher entgegen der ursprünglichen Reihenfolge der Anzuhörenden anfrage. Herr Dr. Meyer-Hesemann habe auch eine schriftliche Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/117) eingereicht, die verteilt worden sei. Es wäre aber auch mit Blick auf die anderen Gäste gut, wenn er zum Einstieg noch einmal auf seine Thesen aus dieser Stellungnahme eingehen würde. Herr Dr. Meyer-Hesemann sei Vorsitzender des Kulturforums Schleswig-Holstein e. V. Das, was er zur norddeutschen Kooperation zu sagen habe, sei für die Enquetekommission von hohem Interesse. Die Kernfragestellung laute, wie eine gemeinsame norddeutsche Kulturpolitik aussehen könne. In diesem Sinne erteilt sie Herrn Dr. Meyer-Hesemann das Wort.

#### a) Erster Block

Zu Beginn weist Herr Dr. Meyer-Hesemann darauf hin, dass er sich kurz fassen wolle, weil er im Detail die Aspekte in seiner schriftlichen Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/117) beantwortet habe. Er wolle zwei Punkte noch einmal herausstellen. Zum einen sei die Frage, wofür man eigentlich norddeutsche Kooperation im Bereich der Kultur betreibe und was das Ziel sei. Er glaube, dass Konsens bestehe, dass das Ziel sei, das kulturelle Angebot für die Menschen, die in den kooperierenden Räumen leben würden, zu verbessern. Es gehe dabei darum, die Qualität und die Vielfalt zu verbessern, vielleicht auch neue Angebote zu schaffen und auch neue Menschen zu erreichen. Es sei wichtig, dass man sich immer wieder klarmache, dass es nicht in erster Linie darum gehen könne, an der Kultur zu sparen. Es müsse darum gehen, die Kultur für Menschen interessanter, reichhaltiger und vielfältiger zu machen sowie qualitativ ein hohes Niveau zu erreichen und zu erhalten.

Zum anderen glaube er nicht, dass man gerade auf dem Gebiet der Kulturpolitik etliche Kooperationen leisten könne. Dieses könne man nicht politisch anbahnen oder politisch festlegen, sondern dieses müsse von den Künstlerinnen und Künstlern und von den kulturellen Institutionen in den Regionen selbst kommen. Er wirft die Frage auf, welche Rolle in diesem Kontext dann die Politik habe. Aus seiner Sicht sei die Rolle der Politik auf diesem Feld die Rahmenbedingungen zu schaffen. Deshalb habe er in seiner Stellungnahme Kommissionsvorlage 17/117, S. 2) auch darauf abgehoben, dass dazu auf der einen Seite mehr Finanzierung von Kunst und Kultur bestehe. Wichtig sei darüber hinaus, dass Anreize gesetzt werden müssten. Es müssten aber durchaus auch Planungsschritte von den Beteiligten vor Ort gegangen werden, um daraus zu erkennen, wo Anhaltspunkte seien und wo Politik unterstützend und fördernd tätig werden könne, damit kulturelle Kooperation zustande komme. Die Details seien in seiner Stellungnahme zu finden. Er wolle jedoch in dieser Sitzung auch Ergänzungen und Erläuterungen zulassen.

Auf eine Frage des Abg. Jezewski, ob man im Kulturbereich Länder- und Staatsgrenzen ausblenden könne und ob es hier auch Konkurrenzsituationen geben könne, antwortet Herr Dr. Meyer-Hesemann, dass es aus seiner Sicht zu keinen Konkurrenzsituationen komme. Er habe auch versucht, in seinen Formulierungen in der schriftlichen Stellungnahmen ziemlich offen zu bleiben, weil er gerade die Kooperation mit Dänemark für einen ganz entscheidenden Punkt halte. Momentan werde im Norden von Schleswig-Holstein über die Kulturhauptstadtbewerbung 2017 diskutiert. Aus seiner Sicht sei dieses ein ganz wichtiges Projekt, um diesen Raum auch grenzüberschreitend kulturell zu bereichern und das, was an Verbindungen da sei, kenntlich zu machen und vielleicht weiter auszubauen. Grenzüräume seien durchaus geeignet sowohl in Richtung Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen oder eben auch nach Dänemark. Er sei der Meinung, dass man die Planung hierfür regional sehen müsse. Aus seiner Sicht ergebe es wenig Sinn, dass man vom Hamburger Rand aus mit Blick auf Dänemark Kooperationen initiiere. Jedenfalls sei dieses äußerst schwer. Er glaube aber, dass man in der jeweiligen Region selbst Potenziale schöpfen könne. Dieses versuchten die Beteiligten, die jetzt die Bewerbung für die Kulturhauptstadt 2017 vorbereiteten.

Der Abg. Habersaat stellt eine Frage zur Anreizfinanzierung in der Kulturpolitik und ob hierfür zusätzliche Mittel erforderlich seien oder ob es auch möglich sei, bisherige Mittel effizienter zu nutzen und entsprechend umzuwidmen. Weiter fragt er, ob die Koordinationstätigkeit bei kulturellen Entwicklungsplänen die Geschäftsstelle der Metropolregion Hamburg übernehmen könne.

Herr Dr. Meyer-Hesemann antwortet hierauf, dass er jedenfalls Schleswig-Holstein betreffend skeptisch sei, ob man wirklich Mittel im Kulturhaushalt noch umwidmen könne. Er habe sich

den Kulturhaushalt einmal in einem anderen Zusammenhang angeschaut nach einer kleinen Anfrage von Herrn Müller. Er erinnere sich daran, dass auf den Kulturbereich 0,74 % des Haushaltes einschließlich der KFA-Mittel entfielen. Ziehe man diese ab, dann lande man bei 0,3 % des Haushaltes. Er wisse aus vielen Gesprächen, dass sich die Kultureinrichtungen und auch die Künstlerinnen und Künstler, die in anderer Weise gefördert würden an der Grenze ihrer Möglichkeiten bewegten. Wenn man dann noch umschichte, werde das aus seiner Sicht zum Problem. Man müsse sich dann überlegen und wirklich wissen, ob man auf irgendetwas verzichten und dafür etwas anderes machen könne. Aus seiner Sicht wäre dieses aber kein gutes Signal. Wenn man wirklich ernsthaft kulturelle Kooperationen haben wolle, müsse man auch bereit sein, in diesem kleinen und haushaltsmäßig bescheidenen Bereich zu überlegen, wie man in gewissem Umfang zusätzliche Mittel generieren könne. Dieses seien keine riesigen Summen. Es sei bekannt, dass gerade im Bereich der Kultur mit kleinen Summen sehr viel gemacht werden könne. Ob die Hauptmetropolregion mit ihren Institutionen das richtige Gremium sei, um diesbezüglich etwas zu initiieren, entziehe sich seiner Einschätzung. Er wolle und könne hierüber kein Urteil abgeben.

Auf eine Frage der Abg. Strehlau zu unterschiedlichen Förderstrukturen als Hemmnis einer norddeutschen Kulturpolitik antwortet Herr Dr. Meyer-Hesemann, dass er die Förderstrukturen in den anderen norddeutschen Ländern nicht kenne. Er denke aber, dass es in allen Ländern institutionelle und Projektförderungen gebe. Er glaube nicht, dass die Strukturen als solche ein großes Hindernis seien. Gleichwohl könne es sinnvoll sein, darüber gemeinsam zu sprechen, ob man hier etwas angleichen und vereinfachen könne.

Die Abg. Spoorendonk weist vorweg darauf hin, dass es sich aus ihrer Sicht in Grenzen halte, was man kulturpolitisch machen könne. Sie stellt die Frage, ob man in dieser Zeit der Finanznot auch eine etwas innovativere Kulturpolitik herbeiführen könnte, indem man Projekte gemeinsam initiiere. Sie sehe einen Trend dahin gehen, dass man sich auf sicherem Boden befinden wolle. Es habe mal eine Zeit gegeben, wo junge Künstler auch in verschiedenen Sparten die Möglichkeit gehabt hätten, innovativ zu arbeiten. Sie möchte wissen, ob dieses völlig unrealistisch sei oder ob man dieses in einem norddeutschen Raum vielleicht eher hinbekomme. Als zweiten Punkt wolle sie das Thema Kulturwirtschaft herausgreifen. In diesem Bereich gebe es durchaus große Unterschiede zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Aus ihrer Sicht sei hier Schleswig-Holstein vielleicht auf Hilfe angewiesen. Daher stellt sie die Frage, ob man in diesem Zusammenhang eine Arbeitsteilung hinbekommen könnte, von der Schleswig-Holstein profitiere.

Herr Dr. Meyer-Hesemann antwortet hierauf, dass aus seiner Sicht viele Einrichtungen heute versuchten, mit ihren Angeboten auf der sicheren Seite zu sein. Zu berücksichtigen sei in die-

sem Zusammenhang, dass die Eigenwirtschaftsquote überall deutlich habe angehoben werden müssen, um sich überhaupt noch finanzieren und etwas ins Werk setzen zu können. Das bedeute aber nicht, dass dort nichts Innovatives mehr passiere. Er sei schon der Auffassung, dass da noch eine Menge Innovatives passiere. Man könne natürlich mit einem Anreizbudget arbeiten. Man könne als Politik auch durchsetzen, dass man in Feldern, wo man meine, dass dort Nachholbedarf sei oder dass diese zu gering besetzt seien, mit Vorrang Anträge positiv bescheide. Dieses wäre ein Instrument, um dort auch Impulse zu setzen. Er sei der Auffassung, dass -ähnlich wie vor kurzem bei der Diskussion um die Husum WindEnergy mit Hamburg- Kulturwirtschaft ebenso funktioniere wie die übrige Wirtschaft nach Standortfaktoren und nach Gesetzen der Marktwirtschaft. Die Art und Weise, wie sich Unternehmen der Kulturwirtschaft engagierten habe angesichts der Möglichkeiten und der Attraktivität des Standortes Grenzen. Wirtschaftsförderung könne hier Impulse setzen. Es sei gerade im Hamburger Rand in der Konkurrenz schwierig, Akzente zu setzen. Die Menschen in dieser Region seien nach seiner Einschätzung kulturell eher nach Hamburg orientiert. Dieses dürfe man nicht verkennen. Hier müsse man dann überlegen, was man mache. Es sei aus seiner Sicht eine kluge Möglichkeit, nicht gegen etwas anzutreten, sondern auch alternativ etwas anderes anzubieten, was in Hamburg weniger gut gelinge.

Die Abg. Nicolaisen stellt mit Bezug zu den in der schriftlichen Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/117, S. 2) erwähnten länderübergreifenden Kulturpaketen und gemeinsamer Imagewerbung sowie die Rolle der Künstler selbst die Frage, welche Institution die Kulturpakete oder die gemeinsame Werbung übernehmen könne.

Herr Dr. Meyer-Hesemann antwortet hierauf, dass in Schleswig-Holstein beispielsweise die Tourismusagentur eine geeignete Stelle sei. Diese müsste dann mit den entsprechenden Einrichtungen in den Nachbarländern kooperieren. Gerade für Gäste, die mit den Fähren ankämen oder solche, die nach Hamburg kämen, müsse man diese Pakete schnüren. Diese dürften dann nicht nur Hamburger Institutionen, sondern auch schleswig-holsteinische Institutionen und kulturelle Angebote integrieren. Aus seiner Sicht wäre dieses kein großes Problem. Er könne allerdings auch nicht sagen, ob es so etwas nicht schon gebe. Dieses sei ein insgesamt großes Feld und man könne aus seiner Sicht mehr machen.

Herr Jorkisch weist darauf hin, dass eigentlich allen bewusst sei, dass die Anreizfinanzierung über zusätzliche Finanzmittel im Kulturbereich schwer darstellbar sei, auch wenn das Thema Kultur im Kontext des Wirtschaftsclusters Tourismus von Relevanz sei. In der schriftlichen Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/117, S. 2 ff.) sei von kumulativer Inanspruchnahme die Rede. Er stellt die Frage, ob sich Herr Dr. Meyer-Hesemann vorstellen könne, dass ein gemeinsames Budget bestehe und dass es eine gemeinsame Institution gebe, die sich um den

Bereich Kultur im Norden, also Hamburg, Schleswig-Holstein + X sowie einer Partnerschaft mit Dänemark et cetera kümmern könne. Daran anschließend wirft er die Frage auf, ob man tatsächlich so in diesem Bereich mit einem gemeinsamen Budget effektiver werden könne und ob dieses politisch durchsetzbar sei.

Herr Dr. Meyer-Hesemann antwortet hierauf, dass es aus seiner Sicht gut wäre, wenn es eine norddeutsche Kulturstiftung gebe, in der auch die Wirtschaft einen nennenswerten Anteil als Zustifter beispielsweise einbringen würde. Er wisse jedoch aus seiner Erfahrung, wie schwierig solche Kooperationsprojekte seien, insbesondere dann, wenn diese institutionalisiert werden sollten. Vor allem wenn es um die Vergabe von gemeinsamen Mittel gehe, werde es schwierig. Es werde dann häufig darauf geschaut, dass diese genau in Proportionen verteilt würden und dieses mache derartige Kooperationen sehr schwierig. Aus seiner Sicht wäre die Idee durchaus attraktiv, wenn man etwas Übergreifendes hinbekäme. Er sei aber der Auffassung, dass dieses eher in der mittel- bis langfristigen Perspektive gelinge.

Die Abg. Strehlau stellt im Anschluss daran die Frage, ob im Rahmen der Vision von einem Nordstaat, eine solche Kulturstiftung einfacher umzusetzen sei.

Herr Dr. Meyer-Hesemann antwortet hierauf, dass er nach seiner gegenwärtigen Zeitungslektüre den Eindruck habe, dass die Nordstaatidee momentan nicht von allen Beteiligten erstrebt werde, obwohl er glaube, dass auch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und auch aus anderen Gründen das Thema wieder auf den Tisch kommen werde. Ein Nordstaat würde, wie auch immer geschnitten, aus seiner Sicht solche Prozesse vereinfachen. Es würde sich aber dann dieselbe Fragestellung auf neuer Ebene stellen, weil auch dieser Staat wiederum Außengrenzen haben würde.

Der Abg. Hans Müller merkt an, dass aus europäischer Perspektive die Region hier im Norden mehr die Hamburger Region als die Region Schleswig-Holstein sei. Er fragt, ob es Möglichkeiten gebe, in der Kulturpolitik oder bei Kulturinitiativen aus Europa besser hier in der Region voranzukommen. Wenn man mit Hamburg enger zusammenarbeite oder ob dieses für Schleswig-Holstein problematisch wäre.

Herr Dr. Meyer-Hesemann antwortet hierauf, dass die Frage sehr schwierig sei. Die Länder agierten auf EU-Ebene ja in erster Linie über den Rat der Europäischen Regionen und die einzelnen Länder eher weniger, sondern die Gesamtheit der Länder der Bundesrepublik Deutschland. Er könne kein Urteil abgeben, ob dieses ein Ansatzpunkt sei, um dort weiterzukommen.

## b) Zweiter Block

Es erhält Herr Professor Dr. Rainer Hering, Leiter des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs in Schleswig, das Wort. Zu Beginn weist Herr Professor Dr. Hering darauf hin, dass das Archivwesen schon eine Einrichtung der Kultur sei, aber eben nicht nur. Es sei die analoge Schnittmenge. Es sei eine staatliche Einrichtung zur Rechtssicherung, habe aber eben auch eine wichtige kulturelle Funktion. Dieses wolle er kurz vorweg geben, ohne auf die Details des Archivwesens und seiner Bedeutung eingehen zu wollen. Nichtsdestotrotz seien Besucher immer gerne eingeladen, das Landesarchiv Schleswig-Holstein persönlich zu besuchen.

Es gebe im Archivwesen verschiedene Ebenen, auf denen kooperiert werde. Er wolle zunächst den Blick Richtung Norden nach Dänemark richten. Aufgrund der Zuordnung der historischen Quellen und der geschichtlichen Entwicklung, sei vor allem nach 1920 die sehr schwierige Frage zu klären gewesen, wo welche Herrschaftsdokumente hinkämen. Archivunterlagen und Archivgut sei immer auch ein Element von Herrschaft. Man habe über den Zeitraum der Weimarer Republik verhandelt und dann 1933 -dieses sei dann nur zeitlich 1933 abgeschlossen worden, es sei kein Produkt des Dritten Reiches- einen Archivvertrag geschlossen, in dem man die Unterlagen aufgeteilt habe und der bis heute hervorragend funktioniere. Es gebe also eine vollkommen unproblematische Kooperation im Archivwesen in Richtung Norden nach Dänemark. Man habe auch in der Folge eine Lösung mit Trennung der Archivalien gefunden, die sich bewährt habe. Dieses sei grundsätzlich nicht einfach. Wenn man sich die Grenze zu Polen anschau, sei es dort im Bezug auf das Archivwesen deutlich komplizierter. Man habe mit Dänemark eine hervorragende Zusammenarbeit durch gemeinsame Filmprojekte mit Apenrade, mit dem Reichsarchiv. Das Landesarchiv habe vor drei Jahren eine Veranstaltung zum Thema „75 Jahre Archivvertrag“ gemacht mit einer zweisprachigen Buchpublikation sowie weitere Veranstaltungen. Zum „Norddeutschen Archivtag“, auf den er noch eingehen wolle, würden dänische Kollegen eingeladen. Insgesamt funktioniere die Zusammenarbeit Richtung Norden sehr gut und zwar praxisorientiert. Alle, die mit den Unterlagen arbeiten wollten, hätten optimale Möglichkeiten und Zugriffe. Er wolle nun den Blick Richtung Süden zunächst nach Hamburg richten. Hier gebe es neben informellen Kontakten, die darauf beruhten, dass er persönlich 20 Jahre lang im Staatsarchiv Hamburg tätig gewesen sei, auch eine ganze Reihe von fachlichen Ebenen, wo noch zusammengearbeitet werde. Die zentrale Ebene sei die Kooperation bei der Sicherungsverfilmung. Es gebe ein bundesweites Programm, die wichtigsten Archivalien zu verfilmen. Dieses habe sich gerade in Alt-Köln als ausgesprochen wichtig erwiesen. Der älteste Urkundenstand des historischen Archivs der Stadt Köln sei auch dadurch gesichert gewesen. Im Rahmen dieses Programms werde in Schleswig-Holstein die Verfilmung für Hamburg mit vorgenommen. Das bedeute, dass Hamburg keine Verfilmungsstelle habe, sondern die Archivalien würden aus Gründen der Effekti-

vität in Schleswig mit verfilmt. Dieses sei die offiziell engste Kooperation. Es gebe darüber hinaus im gesamten norddeutschen Bereich den „Norddeutschen Archivtag“, den er schon erwähnt habe. Dieses sei eine alle drei Jahre stattfindende Tagung, die es seit dem Jahr 2000 gebe. Diese werde im nächsten Jahr in Schleswig-Holstein in Lübeck stattfinden. Hier tauschten sich die fünf norddeutschen Länder alle drei Jahre regelmäßig aus, um unterhalb der Ebene des „Deutschen Archivtages“, der jedes Jahr stattfindet, die Kooperation in Norddeutschland entsprechend intensivieren zu können. Dieses funktioniere aus seiner Sicht hervorragend. Die „Norddeutschen Archivtage“ seien auch publiziert. Darüber hinaus gebe es eine Kooperation im Bereich des Ausbildungswesens durch eine ganze Reihe rechtlicher Veränderungen. In diesem Zusammenhang müssten auch die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen neu gefasst werden. Hier hätten sich die fünf norddeutschen Länder zusammengetan und erarbeiteten im Moment eine gemeinsame Prüfungsordnung, um auch eine weitere Zersplitterung auf diesem Gebiet zu vermeiden. Hier gehe man einen gemeinsamen Weg. Die Prüfungsordnung werde in Hamburg quasi jetzt als Musterverfahren umgesetzt und danach auf die anderen Länder übertragen. Des Weiteren gebe es eine Kooperation, die jetzt langsam bei der Frage der digitalen Archivierung beginne. Ein ganz zentrales Problem für das Archivwesen sei die Frage, wie man digitale Daten dauerhaft überliefern könne, weil dieses sehr kostspielig sei. Gerade digitale Daten - dieses setze er als bekannt voraus - könne man nicht einfach auf einer CD oder DVD speichern. Wenn diese Speichervariante 15 bis 20 Jahre halte, sei das schon sehr viel. Die Archive müssten in Jahrhunderten denken. In der Geschichte habe sich gezeigt, dass Pergament sehr gut haltbar sei. Man sei dabei, erste Schritte zu gehen, gemeinsam ein digitales Archiv aufzubauen, weil dieses sehr teuer sei. Er sei einmal zu Fachgesprächen in Wien zu diesem Thema gewesen. Um eine Zahl zu nennen: ein Terabyte digitale Unterlagen koste etwa 1.700 Euro im Monat, wenn man diese so lagere, dass sie dauerhaft auch lesbar seien. Dieses seien also knapp 20.000 Euro im Jahr für ein Terabyte, um die Dimensionen zu veranschaulichen, in denen digitale Archivierung sich abspiele. Selbst wenn man die Preise auch nur halbiere, sei es insgesamt noch teuer. Dieses könne ein Bundesland alleine im Norden nicht leisten. In Hessen seien allein 214 Stellen für den Aufbau eines Archivs nur für die Anfangsphase geschaffen worden. Man überlege im Norden, ob man es nicht zusammen hinkomme. Man könne dann etwas aufbauen, was Bestand habe. Für ein Bundesland hier im Norden sei es nicht finanzierbar. Es gebe Kooperationen im Archivwesen auch auf anderer Ebene. Er habe in seinen bisherigen Ausführungen nur vom staatlichen Archivwesen gesprochen. Im kirchlichen Archivwesen, zumindest im protestantischen Bereich, sei es relativ einfach mit der nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche, welche ein Archiv habe. Diese werde sich ab dem nächsten Jahr dann Richtung Osten erweitern zur Nordkirche mit der Mecklenburgischen und der Pommerschen Landeskirche. Hier gebe es natürlich eine sehr enge Zusammenarbeit. Es gebe selbstverständlich auch im Bereich des kommunalen Archivwesens eine Kooperation an einzelnen Stellen im Rahmen des Möglichen. Die finanziellen

Möglichkeiten im kommunalen Bereich seien bei den dortigen einzelnen Archiven durchaus noch schlechter als im staatlichen Bereich. Eine enge Zusammenarbeit finde insbesondere zwischen dem Kreisarchiv Stormarn und Hamburg statt. In diesem Kontext seien so einfache Dinge wie das Semesterticket für Hamburger Studierende von Bedeutung, welches bis nach Bad Oldesloe reiche, sodass Studierende der Universität Hamburg zu Forschungen nach Stormarn gelockt würden. Er versuche dieses auch für Schleswig anzubieten, da er neben Kiel auch in Hamburg lehre. Nach Schleswig seien jedoch die Entfernungen auch etwas größer und damit gewisse Hemmschwellen verbunden. Weitere Kooperation gebe es von Seiten des Archivwesens auch in Richtung Bibliotheken. Auch wenn diese beiden Bereiche formal ja getrennt seien, halte er es für wichtig, dass man Fragen, die gemeinsame Bereiche betreffen, auch gemeinsam angehe. Es gebe nicht nur eine enge Zusammenarbeit mit der Universitätsbibliothek in Kiel sowie der Landesbibliothek, sondern auch mit der Staats- und Universitätsbibliothek in Hamburg. Die Schriftenreihe des Landesarchivs Schleswig-Holstein erscheine im Verlag Hamburg University Press. Dieses sei der Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek. Es sei ein Open-Access-Verlag, durch den man die Möglichkeit habe, alle Veröffentlichungen eben auch gleichzeitig online mit anzubringen. Das Landesarchiv habe vor wenigen Wochen erst den Schleswig-Holsteinischen Archivführer präsentiert, den man mittlerweile auch mit jedem mobilen Endgerät abrufen könne, sodass das Landesarchiv technisch enorm innovativ sei. Man könne hierbei von dem profitieren, was in Hamburg entwickelt worden sei und dieses für Schleswig-Holstein nutzbar machen.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zu weiteren Bereichen für Kooperationen der Archive sowie der jeweiligen Situation der anderen norddeutschen Landesarchive antwortet Professor Dr. Hering, dass in der archivischen Bundesliga sich Schleswig-Holstein und das Saarland den letzten Platz teilten, also von dort aus nicht mehr absteigen könnten. Die Situation sei letztendlich in Schleswig-Holstein längst nicht so, wie sie für ein effektives, funktionierendes Archiv sein müsste. Er wolle daher den zahlenmäßigen Vergleich zu Hamburg aufgreifen. Schleswig-Holstein habe etwa 36 laufende Kilometer Unterlagen plus ein Landesfilmarchiv mit 450.000 Meter Dokumentarfilm. Hamburg habe 30 Kilometer Unterlagen und im Moment etwa 14 feste Stellen mehr, sodass hier deutlich Unterschiede seien. Angesichts des Personalabbaus, den man in Schleswig-Holstein schon gehabt habe, mit etwa 30 % und den noch kommenden Einsparzielen nach seiner Kenntnis in Höhe von 20-25 %, wisse er nicht, wie das Landesarchiv in Zukunft überhaupt noch arbeiten solle, geschweige denn Kooperationen fördern oder ansatzweise den erforderlichen Leistungsstand halten solle. Er müsse einmal so deutlich sagen, dass das Landesarchiv im Moment gerade noch den Dienstbetrieb einigermaßen aufrecht erhalten könne. Es sei aber überhaupt nicht in der Lage, die Herausforderungen der Zukunft insbesondere der digitalen Archivierung angemessen anzugehen. Vor allem was die Großanlieferungen aus dem Bereich des Grundbuchwesens, Grundbücher, Grundbuchblät-

ter, Grundakten, die etwa 20 Kilometer Umfang haben würden, betreffe. Unter diesem Blickwinkel sei das Landesarchiv deutlich schlechter ausgestattet als die anderen Länder.

Zur Frage der Kooperation könne er sich den Bereich der Filmarchivierung vorstellen. Dieses sei ein Bereich, wo Schleswig-Holstein archivisch sehr stark aufgestellt sei. Das Landesarchiv habe mit dem Landesfilmarchiv fast den 2. Platz in der Bundesliga nach dem Bundesfilmarchiv. Man habe hier sehr gute Standards aufbauen können in den letzten Jahren und habe eben auch einen sehr umfangreichen und spannenden Bestand. Dieser könne leider nicht so genutzt werden, wie man gerne würde. Es fehle das Personal, um die Schätze zu heben und Filme auch beispielsweise in einer der Editionsreihen des Landesarchivs entsprechend publik zu machen. Hier könne er sich eine Kooperation vorstellen. Nach seinem Kenntnisstand sei die Filmarchivierung in Hamburg noch optimierbar. Man könne gemeinsam die Ressourcen, die man habe, weiter ausbauen und so nutzen, dass es Win-win-Situationen gebe.

Der Abg. Jezewski nimmt Bezug auf den Bericht der Landesregierung über das Archivwesen an den Landtag. Er stellt die Frage, ob aus Sicht von Professor Dr. Hering eine praktische Kooperation überhaupt möglich sei wenn die Partner unterschiedlich stark seien und ob Projekte auch daran scheiterten

Professor Dr. Hering antwortet, dass er ein solches Scheitern beispielsweise auf Bundesebene erlebt habe, wenn er in Archivreferentenkonferenzen des Bundes und der Länder zusammen mit Kollegen sitze und da entsprechende Projekte wie „Archivportal D“ thematisiert würden. Dieses sei ein Internetzugang für alle Archive, welcher geplant sei. Bei so etwas müsse er immer sagen, dass sich das Landesarchiv Schleswig-Holstein hieran nicht beteiligen könne, weil die Ressourcen dafür fehlten. Bei den Defiziten im nichtstaatlichen Bereich gebe es die Situation, dass man darauf angewiesen sei, dass man etwas angeboten bekomme. Man könne nicht kaufen und sich auch an keiner Lösung beteiligen. Man habe auch nicht die personellen Ressourcen, selbst aktiv vorzugehen. Dieses betreffe auch den gesamten Bereich von vernachlässigten Videoarchiven und Firmenarchiven. Auch Wirtschaftsarchivierung sei ein ganz großes Problem, welches er schon mehrfach anzugehen versucht habe. Hier im Land gebe es ein gravierendes Defizit, weil gerade viel zu wenige Firmenarchive überliefert seien. Dadurch bekomme die schleswig-holsteinische Geschichte eine Schiefelage, weil Wirtschaft nun einmal ein ganz zentraler Faktor sei. Es gebe viel zu wenig Firmenarchive. Diese seien als Quellen aber entscheidend seien. Man bräuchte Personal, um aktiv solche Bereiche anzugehen und entsprechend akquirieren zu können. Im Hinblick auf die Frage nach der Kooperation müsse er sagen, dass sich das Landesarchiv aus den meisten bundesweiten Projekten heraushalten müssen, weil man sich aufgrund der Ressourcenlage nicht daran beteiligen könne.

Auf eine Frage der Abg. Strehlau, ob es außer den Finanzen noch andere Rahmenbedingungen gebe, welche die Politik anders gestalten müsste, um noch weitere Kooperationen zu ermöglichen, antwortet Herr Professor Dr. Hering, dass die finanziellen Rahmenbedingungen die entscheidenden seien. Insbesondere scheiterten hieran beispielsweise Ausstellungsprojekte, weil man aufgrund der Finanzlage kein Personal dafür habe. Ansonsten seien die Rahmenbedingungen mit dem Archivgesetz in Schleswig-Holstein gut. Allerdings werde vor allem - wenn er sich den kommunalen Bereich anschau- das Archivgesetz nicht adäquat umgesetzt. Hier würde er sich wünschen, dass es einen Rahmen gebe, der einen Druck entfalten ließe, damit das Gesetz auch umgesetzt werden könne. Er wolle jedoch kein neues Gesetz. Im kommunalen Bereich gebe es drei Kreise ohne Archiv. Dieses sei aus seiner Sicht eine sehr bedenkliche Situation, durch die natürlich auch viel an Unterlagen verloren ginge.

Auf Nachfrage der stellvertretenden Vorsitzenden kündigt Professor Dr. Hering an, dass er noch eine schriftliche Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/119) einreiche.

### c) Dritter Block

Die stellvertretende Vorsitzende begrüßt Herrn Dr. Martin Lätzel vom Landesverband der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein e.V. und erteilt ihm das Wort.

Er kündigt zu Beginn an, dass er seine Ausführungen in vier Schritten erläutern wolle, um dann darüber in die Diskussion zu kommen. Er wolle grundsätzlich darauf hinweisen, dass sein Verband prinzipiell Kooperationen in Norddeutschland für notwendig erachte. Es gebe von Seiten der Volkshochschulen und des Volkshochschulverbandes eine gute Tradition in der Zusammenarbeit mit den Volkshochschuleinrichtungen in der südlichen Metropolregion Hamburg und der schleswig-holsteinischen in der Metropolregion Hamburg. Es gebe dort Abstimmungen bezüglich des Programms, der Werbung, des Austausches von Referentinnen und Referenten et cetera. Es gebe von Seiten seines Landesverbandes eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Hamburger Volkshochschule. Hier könne man sich in manchen Bereichen absprechen und so Informationen und Ideen austauschen. In einen Strategiekolleg, das man vom Landesverband seit guten zwei Jahren durchführe, machten sie die Erfahrung, dass es notwendig sei, stärker auf Kooperationsmodelle hinzuarbeiten. Das bedeute für ihn im Kontext einer norddeutschen Kooperation, dass es seines Erachtens nicht reichen werde, dauernd mit Hamburgern und Niedersachsen zusammenzuarbeiten. Man müsse stattdessen auch in Schleswig-Holstein noch einmal schauen, wo denn Strukturen für die Zukunftsentwicklung geeignet seien. Man müsse daran arbeiten, sich noch einmal anders aufzustellen und dadurch vielleicht stärker gegenüber der Metropolregion Hamburg zu sein. Er wolle dieses vor der Diskussion um den Nordstaat sagen. Die kleinteilige Struktur, wie man sie in Schleswig-

Holstein derzeit habe, werde vermutlich gar nicht bestehen können. Dieses werde in Hamburg wie ein schwarzes Loch wirken, welches alles absorbiere, was nicht stark genug aufgestellt werde. Die Volkshochschulen versuchten dieses mit ihrer „Strategie VHS 2020“. Man sei der Auffassung, dass man hier auch über Ländergrenzen hinaus schauen müsse. Nach seiner Auffassung brauche man im Bezug auf die Struktur und Entwicklung die Balance zwischen Zentralität und Lokalität. Die Frage sei, wie es gelingen könne, Kultureinrichtungen und Initiativen vor Ort zu stärken, sodass dort auch die Menschen erfahren könnten, was dort an Angeboten und an Kultur da sei. Man müsse aber auch gleichzeitig schauen, was vor Ort nicht jeder tun müsse und was man auch zentral erledigen könne. Hier stelle sich auch die Frage, was man gemeinsam bewerben und organisieren könne. Man müsse auch nicht alle Ideen neu erfinden. Hier seien Blicke über den Tellerrand durchaus sinnvoll. Er wolle drei Beispiele nennen, die ihm aus seinem Bereich einfielen. Zum einen sei zu nennen, was er bereits angedeutet habe, ein runder Tisch oder ein Treffen der Volkshochschulen in der Metropolregion Hamburg nördlich und südlich der Elbe. Hier könne man sich gegenseitig absprechen, welche Aktivitäten wo liefen, sodass man diese nicht doppelt anbieten müsse. Es sei alles mit dem ÖPNV erreichbar, sodass man sich über Ländergrenzen hinweg austauschen und beispielsweise gemeinsam werben könne et cetera. Ein zweiter Punkt sei, dass es eine Absprache zwischen der Landesmusikakademie in Hamburg und dem Nordkolleg in Rendsburg gebe, welches auch Mitglied im Landesverband der Volkshochschulen sei. Die Landesmusikakademie in Hamburg habe kein eigenes Gebäude. Das Nordkolleg habe ein eigenes, schön gelegenes Gebäude. Es liefen Absprachen, wie beispielsweise Veranstaltungen, Übernachtungsgelegenheiten, Wohnmöglichkeiten et cetera vor Ort dann stattfinden könnten. Ihm falle bei dieser Gelegenheit auf, dass das Schleswig-Holstein Musik Festival mittlerweile ganz stark seine Fühler nach Hamburg ausstrecke. Er wisse nicht, wie die finanzielle Beteiligung vonseiten der Freien und Hansestadt Hamburg am Festival sei. Man müsse schauen, wie man Veranstaltungen nach Schleswig-Holstein hole, die dann auch für Hamburgerinnen und Hamburger interessant sein könnten, sodass man eine gute Balance bekomme. Aus der an ihn gerichteten Frage der Enquetekommission, wie eine gemeinsame Kulturpolitik aussehen könne, würde er als Aufgabe mitnehmen, noch stärker den Fokus auf das sogenannte Audience Development zu legen. Dieses sei eine Idee, die aus dem angelsächsischen Bereich komme und die nicht primär im Blick habe, wie man die Kultur fördern solle, sondern wie man die Rezeption von Kultur fördern könne. Das bedeute, wie fördere man die kulturelle Bildung, die Bereitschaft der Menschen an kulturellen Angeboten teilzunehmen, die Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen an kulturellen Angeboten teilzunehmen. Hier liege zum einen die Chance für die Landeskulturpolitik. Zum anderen entstehe aber auch die Frage, wenn man über eine Kulturpolitik in einem norddeutschen Verbund nachdenke, wie man es hinbekommen könne, Menschen aus Niedersachsen und Hamburg dafür zu begeistern, nach Schleswig-Holstein zu kommen und wie könne man Schleswig-Holsteiner dazu bewegen, auch in Hamburg etwas

wahrzunehmen, sodass das Ganze in eine gute Balance gerate und für beide Seiten ein Gewinn sei. Er glaube, dass ein schlichter Blick über die Elbe hinaus auf den Kundinnen- und Kundenkreis für kulturelle Angebote vergrößere und es damit auch ermögliche, Säle zu füllen. Dann könne auch erreicht werden, dass kulturelle Angebote angenommen würden.

Auf eine Frage der Abg. Rathje-Hoffmann zur Vermeidung von Konkurrenzsituationen antwortet Herr Dr. Lätzel, dass man dieses am Volkshochschulbereich schön darstellen könne. Es gebe immer solche Impulse. Irgendetwas laufe gut und dann mache der Nachbar das auch gleich, weil dieses in Pinneberg, Halstenbek oder Norderstedt so gut laufe. Danach wunderten sich alle, dass nur noch die Hälfte der Besucher komme. Hier wäre perspektivisch zu schauen, wenn irgendwo etwas angeboten werde, dieses gemeinsam zu bewerben und die Interessenten beispielsweise nach Norderstedt, Halstenbek oder Hamburg-Altona auch einladen, um dort Angebote zu stärken. Aus seiner Sicht sei dieses ein Punkt, der noch viel deutlicher herauskommen müsse, so dass es eine Art positive Konkurrenz gebe. Das bedeute, wer eine gute Idee habe, der solle sie auch durchsetzen und durch die anderen gestärkt werden -nicht durch Ideenklau oder das Dividieren der möglichen Kundschaften. Dieses bekomme man nur durch Absprachen hin. Notwendig sei regelmäßiges Sehen und Vertrauen, sodass nicht der Eindruck entstehe, der andere wolle nur die Butter vom Brot.

Auf eine Frage des Abg. Jezewski zur Reichweite der Zusammenarbeit der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein sowie der Notwendigkeit weitergehender Kommunikation der Angebote antwortet Herr Dr. Lätzel, dass zum einen die Frage im Raum stehe, ob es gelingen könne - dieses falle für ihn wieder in den großen Bereich Audience Development hinein- Schwerpunkte herauszubilden und diese dann auch wirklich sehr deutlich mit Hilfe von anderen Einrichtungen zu bewerben. Für Flensburg biete sich an, in Richtung grenzüberschreitender Arbeit wie Dänisch lernen zu gehen. Dieses könne man dann auch als Schwerpunkt beziehungsweise Profil ausbauen, dass es auch südlich des Kanals interessant werde, weil man in Flensburg ganz anders dänisch lernen könne als in Norderstedt. Dieses müsste natürlich auch vernetzt werden im ganzen Land. Es gebe ein Modellprojekt mit Sønderborg, Flensburg, Husum, Rendsburg und Schleswig, wo über ein webbasiertes Verfahren dänisch gelernt werden könne. Aus seiner Sicht laufe diese Projekt gut. Der Lehrer oder die Lehrerin stehe dann in Sønderborg und übertrage es über Beamer und Leinwand in die anderen Lernstandorte. Wenn man solche Punkte noch einmal viel deutlicher und übersichtlicher bringe, dann könne es interessant werden, auch für andere Menschen in ein solches Wochenendseminar nach Flensburg zu gehen und dort dänisch zu lernen. Was die Kommunikationssysteme angehe, müsse man aus seiner Sicht sicherlich noch nachlegen. Flensburg sei schon relativ weit entwickelt. Es gelte in seinem Landesverband viel stärker die elektronische Vernetzung der einzelnen Einrichtungen zu fördern, sodass man zum Schluss auch nach der Umsetzung auf nur wenigen

Homepages sehen könne, wo Angebote seien und wo die Ausweichmöglichkeiten seien, wenn es irgendwo nicht funktioniere. Zum anderen werde die Entwicklung zu E-Learning und Blended-Learning dazu führen, dass Bildung in Zukunft eher ortsunabhängiger werde. Es sei momentan noch gar nicht ganz abzusehen, was die Entwicklung für Folgen haben werde. Man sei hier aber wieder beim Thema Kooperation. Dann biete es sich an, mit so einer Einrichtung wie Hamburg beispielsweise zusammenzuarbeiten und gemeinsame Module und Systeme zu entwickeln. Da könnten auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Heide teilnehmen.

Die Abg. Spoorendonk wirft die Frage auf, wie der Spagat zwischen der Nutzerattraktivität und den Strukturen der Volkshochschulen als Einrichtung geschafft werden solle. Sie fragt weiter, ob die Finanzierung der Volkshochschulen über Nutzergebühren oder über die Förderung laufe.

Herr Dr. Lätzel antwortet auf die erste Frage, dass er bereits erwähnt habe, dass es einer Balance von Zentralität und Lokalität bedürfe. Wenn man Strukturreformen angehe, müsse man schauen, was notwendigerweise dezentral zu belassen sei, damit Menschen jeglichen Alters und jeglicher Bildung ein für sie mögliches Angebot erhalten. Das ganze unterliege der demografischen Entwicklung, insbesondere in Nordfriesland, Dithmarschen, Ostholstein, und Schleswig-Flensburg teilweise. Es gebe einen finanziellen Druck, weil die Ressourcen immer geringer würden. Es unterliege auch einem veränderten Verständnis von Ehrenamt. Im Moment versuche man diese Balance hinzubekommen, wie könne es vor Ort auch in kleinen Orten gelingen, Angebote zu behalten und was bräuchten diese an Unterstützung zentral an Verwaltung, EDV und Abrechnung et cetera. Dieses sei wichtig, um auch in Zukunft Ehrenamtliche zu finden, die beispielsweise in Tarp und Viöl und in solchen kleinen Orten die Volkshochschulangebote koordinierten. Das bedeute, wenn man über Kooperationen rede, dann rede man auch immer darüber, was müsse zentral verbleiben und zusammengeführt werden, um Unterstützung zu generieren. Ein Beispiel wäre aus seiner Sicht die Schulung der Dozentinnen und Dozenten für die Kurse. An diesem Thema sei man bereits dran. Dieses müsse man aber nicht alleine tun. Deswegen rede man schon mit Niedersachsen und Hamburg, wie man das zusammenführen könne, damit dieses nicht nur aus Schleswig-Holstein generiert werde.

Auf die Frage zur Finanzierung antwortet Herr Dr. Lätzel, dass für die Einrichtung in der Metropolregion Hamburg das Gleiche gelte wie sonst im Land. Es gebe eine Mischfinanzierung aus kommunalen Geldern, die einen Hauptteil der Investitionen der öffentlichen Hand ausmachten. Es gebe einen kleineren Anteil an Landesfinanzierung und der Durchschnitt der Eigenwirtschaftsquote liege derzeit bei 50-65 %.

Auf eine Frage der Abg. Strehlau, ob es aus Gründen der Vermeidung künstlicher Hürden konsequent und notwendig wäre, sich beim Weiterbildungsgesetz mit Hamburg abzustimmen, antwortet Herr Dr. Lätzel, dass er diesen Hinweis aufgreifen wolle. Er wolle einschränkend sagen, dass er nicht genau wisse, wie solche Gesetzgebungsverfahren ablaufen. Es sei aber schon zu überlegen, dass solche Gesetzesvorhaben zwischen den Regierungen und dem Senat abgestimmt würden, um beispielsweise solche Hürden gar nicht erst entstehen zu lassen. Dieses sei sinnvoll. Er gehe auch davon aus, dass über die Landesgrenze hinweg Teilnahme an Kursen stattfinde, so dass dieses für einheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen spreche.

Herr Jorkisch stellt die Frage, was konkret die Politik beziehungsweise Kommunen der Kreise beispielsweise leisten könnten, um noch bessere Kooperation und Arbeitsteilung stattfinden zu lassen.

Herr Dr. Lätzel merkt hierzu zunächst an, dass die genannten 50 % Eigenwirtschaftquote eine pauschale Summe seien. Dieses variere zwischen 46 % als niedrigstem Satz in einer Kommune in Schleswig-Holstein und 84 %. Bei allem Respekt vor Eigenwirtschaftsquoten wolle er darauf hinweisen, dass man es bei Volkshochschulen mit einer öffentlichen Einrichtung zu tun habe, die auch durch die Verfassung geschützt sei. Dieses könne man nicht auf die Spitze treiben, weil man dann das System privatisieren würde. Bei einer Bewertung, ob diese Quoten im Einzelfall günstig oder ungünstig seien, wäre er vorsichtig. Er räume aber ein, dass man schauen müsse, wo noch Effizienzsteigerungen herauszubekommen seien, da ja auch verantwortlich mit den öffentlichen Mitteln umgegangen werden müsse. Hier gebe es aus seiner Perspektive verschiedene Möglichkeiten. Zum einen gebe es die Frage, wie bekomme man die Menschen in seinen Kurs. Dieses grenze daran, was die Abg. Strehlau über das Audience Development gesagt habe. Man müsse Zielgruppen, Identifikation und Verhalten, Fragen von Öffentlichkeitsarbeit und Marketing sowie Zugangsmöglichkeiten, also die Erreichbarkeit der Einrichtung hinterfragen. Dieses schließe mit ein, ob die Einrichtung auch über Internet, Telefon, Onlinepublikationen et cetera gut erreichbar sei. Über derartige Punkte müsse man insgesamt nachdenken. Als zweiten Punkt wolle er nennen, dass er ein Verfechter davon sei, über Kooperationsmodelle innerhalb der Kommunen und unter Kommunen nachzudenken. Innerhalb der Kommunen wäre die Frage, was eine Einrichtung noch übernehmen könne. Dieses betreffe beispielsweise die Frage, ob eine kommunale Volkshochschule auch die kommunale Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommune mit koordinieren könne. Gebe es nur ein einheitliches EDV-Programm, dann sei Kompatibilität gewährleistet. Dieses scheitere oft daran, dass es dann in der Kommune jemanden gebe, der sage, dass er eine andere EDV-Lösung wolle und für seine Kommune das Programm nicht wolle. Hier müsse man ganz viel Überzeugungsarbeit leisten, wenn man einheitliche Lösungen wolle. Ein weiterer Punkt, wenn er über Kooperation und Flächendeckung rede, sei die

Frage, ob man Verwaltung zentralisieren könne und dafür die Angebote vor Ort dann ein wenig einfacher organisierbar machen könne, sodass auch dort weniger Engagement erforderlich sei. Ein weiterer Punkt sei, dass es manche Einrichtungen gebe, die dann von ihrer jeweiligen Kommune gut unterstützt würden und auch andere Kommunen daran partizipierten, aber nichts dafür zahlten. Dieses hörten viele seiner Kollegen nicht so gerne. Es wäre noch einmal zu überlegen, ob man langfristig nicht zu einem Umlageverfahren kommen solle. Man müsse dann die benachbarten Kommunen dazu bringen, sich an der jeweiligen Volkshochschule zu beteiligen, da diese auch etwas davon hätten. Dieses würde für alle Kommunen die Kosten etwas niedriger halten und trotzdem aber die Möglichkeit der Finanzierung auch in Zukunft ermöglichen. Er sei der Meinung, dass man auch noch einiges über EDV und Rechnersysteme stützen könne. Sein Verband sei gerade dabei, mit den Einrichtungen zu sprechen - er wolle hier nicht ins Detail gehen. Es gebe aber Kursverwaltungssysteme, welche die Arbeit effizienter machten. Hier müsse man vielleicht einmal investieren, danach liefere es aber auch die nächsten Jahre. Es sei aber ein sehr langsamer Prozess. Die Frage sei, was man hier tun könne. Eine Weiterführung einer Kommunalreform in Schleswig-Holstein - das müsse er so deutlich sagen - würde auch diesem System helfen. Momentan sei es so, dass der Verband empfehle, dass sich beispielsweise die Volkshochschulen in Kiel, Altenholz, Kronshagen zusammenschließen sollten. Dieses sei sehr mühsam und es gehe hier auch um Gefühle und Emotionen. Es sei einfacher über den Nordstaat zu reden als hierüber. Das Angebot in den Volkshochschulen bleibe das Gleiche. Wenn man ohnehin darüber reden würde, dass die Kommunalstrukturen verändert werden müssten, dann wären vielleicht auch viele Menschen vor Ort ein bisschen einsichtiger. Er persönlich komme aus Nordrhein-Westfalen. Er finde es immer noch faszinierend, dass dieses verhältnismäßig kleine Bundesland viermal so viele Kommunen habe wie Nordrhein-Westfalen. Um eine Änderung der kommunalen Strukturen werde man aus seiner Sicht nicht herumkommen. Diese werde die Arbeit der Volkshochschulen erleichtern.

Auf Nachfrage der stellvertretenden Vorsitzenden antwortet Herr Dr. Lätzel, dass seine Ausführungen noch in Form einer schriftlichen Stellungnahme kämen.

#### d) Vierter Block

Es erhält sodann Herr Mirow, Kanzler der Muthesius Kunsthochschule, das Wort. Zu Beginn weist Herr Mirow darauf hin, dass er gerne auf zwei Punkte näher eingehen würde. Der eine Punkt sei das Thema Kreativwirtschaft, was aus seiner Sicht auch eine große Zukunftshoffnung für Schleswig-Holstein sei. Hier gebe es Chancen im norddeutschen Kontext stärker zusammenzuarbeiten. Zum einen beziehe sich das auf Hamburg. Hamburg habe einen Ansatz gewählt, wo man diesen Bereich jetzt gerade kürzlich sehr stark professionalisiert habe. Man

habe dort eine Kreativgesellschaft gegründet. Dieses wäre aus seiner Sicht für Schleswig-Holstein erst einmal „eine zu große Hausnummer“. Es gehe dabei auch aus Sicht der Muthesius Kunsthochschule um zwei Punkte. Der eine sei, dass Künstler und Designer Raum zur Entfaltung bräuchten, aber eben auch als Heimstatt für ihre Arbeit. Die Kreativgesellschaft kümmere sich intensiv darum, wie man Künstlern und Designern Räume auch für Zwischennutzung zur Verfügung stelle. Dieses wäre ein Ansatz, den man sich aus seiner Sicht auch in Schleswig-Holstein genau anschauen solle. Denkbar wäre ein Spendenmodell, wonach Künstler und Designer für Künstler und Designer Räume scouten und zur Verfügung stellen. Der zweite Punkt, den man sich in diesem Zusammenhang mal anschauen könnte, sei, wie eigentlich die Förderstrukturen für kreative Gründungen aussehen würden. Aus den Erfahrungen der Muthesius Kunsthochschule seien die Strukturen, die man im Augenblick habe, dafür nicht besonders gut geeignet. Kreative Gründungen hätten vorher ganz eigene Gesetzmäßigkeiten. Der zweite Punkt, auf den er eingehen wolle sei das Thema kulturelle Bildung. Er wisse ganz genau, dass er sich da an einer Schnittstelle von Kultur und Kultus bewege. Aber er glaube auch, dass dieses durchaus gewollt sei. Zu diesem Thema wolle er gerne Anregungen geben. Was man derzeit erlebe, sei ein kompletter Strömungsabriss im Bereich kultureller Bildung, was den Kunstunterricht angehe. Dieses habe eigentlich zwei Ursachen. Die eine sei, dass zu wenig Kunstlehrer ausgebildet würden. Auch die Muthesius Kunsthochschule bilde im Bereich Kunstlehramt aus. Es gebe aber eine Zahl von 20 aufzunehmenden Studierenden pro Jahr. Dieses schaffe gerade mal die Hälfte. Der Grund sei, dass man in Schleswig-Holstein Kunstlehramt als Zweitfach studieren müsse, was auch die anderen norddeutschen Bundesländer betreffe. Das bedeute, dass die Muthesius Kunsthochschule einerseits eine künstlerische Eignungsprüfung habe. Diese würden die Bewerber dann bestehen und dann komme als nächstes hinzu, dass sie ihr NC-Fach an der CAU nicht bekämen. Dadurch könne man die Aufnahmezahlen nicht verschönen. Dieses führe in der Folge dazu, dass Schleswig-Holstein inzwischen einen Mangel an Kunstlehrern habe und es sowohl qualitativ als auch quantitativ zurückliege. Zum Teil würden hier fachfremde Lehrer tätig, die den Schülern aus dem Internet ausgedruckte Bilder geben würden, die diese dann ausmalten. So etwas gebe er nicht einmal seiner fünfjährigen Tochter. Dieses sei kein Kunstunterricht. Dieses sei aber ganz gefährlich im weiteren Verlauf, weil dann nämlich auch der Nachwuchs irgendwann im Kreativbereich fehle. Dieses seien die Designer, die künstlerischen Gestalter, die an so etwas überhaupt mal herangeführt würden. Dieses betreffe auch den nächsten Punkt. Es gebe kaum noch Werkunterricht an den Schulen. Die sinnliche Erfahrung von Materialien sei ganz entscheidend auch beim Kunst- oder Designstudium. Im Bereich des Industriedesigns müssten die Leute auch entsprechende Dinge bauen können. Aus Sicht der Muthesius Kunsthochschule sei immer stärker festzustellen, dass die Vorqualifikation immer mehr abnehme. Deswegen könne diese diesen Bereich irgendwann für sich auch „abmelden“, wenn man nicht stärker die Nachwuchsgewinnung fördere. Das bedeute, dass man eine gemeinsame norddeutsche Initia-

tive starten müsse, Kunstlehramt auch als ein Fach anzubieten. So könne man den Punkt der Nachwuchsgewinnung ein bisschen stärker ausgleichen. Die Muthesius-Kunsthochschule werde auf Landesebene schon einmal eine entsprechende Initiative starten, und er hoffe sehr, dass er hier im parlamentarischen Raum Unterstützung bekomme. Einen Randpunkt wolle er noch ansprechen. Es sei das Thema Medien auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung. Die ganze Verwicklung und Heranführung von Jugendlichen an die Kultur geschehe ja auch durch die Medien. Es gebe eine tolle öffentlich-rechtliche Institution, die durch Gebühren finanziert werde. Man erlebe aber auch beim NDR, dass Kulturformate immer mehr abnähmen. Er wolle hierzu ein Beispiel nennen. Bei NDR Kultur gebe es ein umgewandeltes Format Klassik Radio mit 2-3 Minuten Spielzeit. Es sei eine ganz schlimme Entwicklung, dass hier kein Format mehr ausgespielt werde. Entscheidend wäre es, wenn man einmal über die Gremien wie der Rundfunkrat anzuregen versuche, in verschiedenen Sparten des NDR stärker darüber nachzudenken, wie man Jugendliche wieder stärker für das Thema Kultur interessieren könne.

Die Abg. Strehlau regt an, dass im Hinblick auf die Kunstlehrkräfte nicht das Zweifach abgeschafft werden solle, sondern in Verhandlungen mit der CAU eingetreten werden könne, dass, wenn die Aufnahmeprüfung an der Kunsthochschule geschafft sei, das erste Fach ohne NC zu studieren sei.

Herr Mirow entgegnet hierauf, dass dies sicherlich notwendig sei, aber ein vermutlich steiniger Weg.

Die Abg. Spoorendonk fragt, ob bundeseinheitliche Kriterien für die Kulturwirtschaft sinnvoll seien und es nach seiner Kenntnis eine Stelle gebe, die dieses voranbringen solle.

Herr Mirow antwortet hierauf, dass es nach seiner Kenntnis eine solche Stelle gebe. Wenn es dieses Büro schon gebe, sei es sinnvoll, hierauf aufsetzen. Das heiße, dass man im Austausch mit den anderen Bundesländern schaue, was dort die Konzepte seien und ob diese sich übertragen ließen. Man müsse sich hier die örtliche Situation allerdings genau anschauen. Mit den kreativen Gründungen sei das natürlich nicht so einfach. Dieses fange beim Kulturwandel in den Städten an und der Frage, wie willkommen eigentlich diese Ansätze seien. Hamburg habe auch länger dafür gebraucht, den Boden zu bereiten. Man stelle aber fest, dass die ganze Anflugphase im Designbereich länger dauere als bei anderen Gründungen. Es sei meist so, dass die Künstler eine Idee hätten, ein bestimmtes Produkt und bei Design dauere das länger sowie auch bei den Künstlern. Das heiße, dass man diese Phase des Längerdauerns auch stärker unterstützen müsse beispielsweise durch günstige Räume et cetera. Dieser Bereich habe schon ein paar Besonderheiten.

Auf eine Frage der Abg. Langner zur Existenzgründung bei Künstlern antwortet Herr Mirow, dass es eine Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen gebe. Man erlebe es immer wieder, dass Künstler oder kreative Gründer sowie Designer in der ersten Phase dann auch bei den Arbeitsämtern aufliefen oder zum Teil auch in Phasen von Hartz IV lebten oder Aufstocker seien. Es passiere auch immer wieder, dass sie auch in sogenannte Maßnahmen gesteckt würden, sich also in Programmen wiederfinden würden, die einfach überhaupt nicht geeignet seien. Inzwischen habe man aus dem Bundesförderprogramm EXIST eine halbe Stelle an der Muthesius Kunsthochschule, die zum Teil diesen Auftrag des Arbeitsamtes mit übernehme. So könne sichergestellt werden, dass die Leute nicht in die Maßnahmen des Arbeitsamtes gesteckt würden. Es wäre schon anders, wenn man sich diesbezüglich mit den Arbeitsverwaltungen abstimme. Er sei aber überfragt, wie das in Hamburg funktioniere.

Die Abg. Spoorendonk weist darauf hin, dass die Freie und Hansestadt Hamburg im Bereich von Kunst und Kultur eine Sogwirkung habe. Sie fragt Herrn Mirow, ob es trotz dieser Sogwirkung möglich sei, eine Gleichwertigkeit herzubekommen.

Herr Mirow bestätigt, dass es eine enorme Sogwirkung nach Hamburg und ganz klar nach Berlin gebe. Es sei notwendig, um diesem Brain-Drain-Zoom zu begegnen, ein attraktives Umfeld zu schaffen. Man müsse den Leuten Möglichkeiten geben, auch nach dem Studium in bestimmten Projekten in Kunsthochschulen Entfaltungsmöglichkeiten zu haben.

Auf eine Frage des Abg. Jezewski, ob es nicht zuerst notwendig sei, in Schleswig-Holstein die Hausaufgaben zu erledigen, bevor man an weitere norddeutsche Kooperationen denke, antwortet Herr Mirow, dass er da richtig liege und man natürlich auch über Konkurrenz spreche. Interessant sei es, sich andere Beispiele innerhalb Deutschlands anzuschauen. Es gebe relativ viele Ansätze, die aber auch immer mit der Schaffung von Räumen, sogenannten workspaces, zu tun hätten. Das sei für Künstler und Designer, die alleine arbeiteten, manchmal wesentlich interessanter mit anderen zusammenzuarbeiten. Dazu gebe es auch Beispiele aus kleineren Städten. Das seien nicht nur die großen wie Hamburg. Dieses seien auch beispielsweise Städte wie Mönchengladbach, die es aktiv geschafft hätten, vor Ort eine Szene zu stimulieren und anzusiedeln. Die Leute würden irgendwann aus ihrem Atelier oder aus ihrem Büro herausgehen und sagen, dass sie bewusst diese Community suchten und dann entstehe eben dieses kleine „Prunkspiel“. Es beginne mit einer Person, dann seien es drei. Man könne staatlicherseits schlecht planen. Man könne aber schon andere Beispiele anschauen, ob diese funktionierten oder nicht und nach den Erfolgsfaktoren suchen.

## e) Fünfter Block

Es erhält Peter Willers vom Offenen Kanal Schleswig-Holstein (OKSH) das Wort. Zu Beginn weist Herr Willers darauf hin, dass ab nächstem Montag, dem 4. Juli, das gemeinsame Medienprojekt „Fischauge“ in den Orten Rickling, Lentförden, Ellerhoop und Brokstedt starte. Diese Orte zeichne aus, dass sie alle zwischen 2.000 und 5.000 Einwohner hätten. Dieses sei der Bereich, der sich in einem Kooperationsprojekt wie TIDE mit Hamburg nicht abbilden lasse. Schleswig-Holstein habe mit seinem Offenen Kanal mit Standorten im ganzen Lande mit zurzeit 26 Außenstudios sehr intensiv versucht, den ländlichen und den kleinstädtischen Raum im Vergleich mit Hamburg zu erschließen. Man merke, dass man mit dem, was bei TIDE gemeinsam gemacht werde, in einer ganz anderen Welt lebe und eine andere Sprache spreche. Er wolle zum Thema Kooperation mit Hamburg nur kurz etwas sagen, weil dieses schriftlich aufgeführt sei. Es gebe drei gesetzliche Aufgaben des Offenen Kanals. Die größte Aufgabe, die die meisten hier Anwesenden kennen würden, weil sie schon einmal vor einer der Kameras des OKSH gestanden hätten, die heiße Bürgerfunk. Bürgerinnen und Bürger machten selbst Sendungen, Beiträge und das Personal von der hauptamtlichen Seite unterstützte dieses und unterbreite den Bürgern auch Vorschläge und helfe diesen bei dieser Arbeit. Diese Kooperation mit Hamburg funktioniere eigentlich überhaupt nicht. Dieses habe man intensiv versucht. Schon mit Segelsendungen zur Kieler Woche habe man in Hamburg -man habe gedacht, dass könnte auch mal Hamburger interessieren- keinen großen Erfolg gehabt. Dieses sei schwierig gewesen und die Hamburger Seite habe gefragt, was das auf einmal solle. Man lasse dieses daher. Auch mit vielen anderen Beiträgen aus diesem Land finde man beim Partner TIDE wirklich kein Interesse. Auch viele Sendungen aus Hamburg, die in Schleswig-Holstein angeboten würden, träfen den Nerv des Schleswig-Holsteiners nicht immer so zentral.

Ganz anders sei das im Bereich der Vermittlung von Medienkompetenzen. Dieses sei die zweite zentrale Aufgabe, die der OKSH sehr ernst nehme. Es habe eine Anhörung im Bildungsausschuss des Landtages Ende März 2011 gegeben. Er habe kürzlich festgestellt, dass der OKSH außer der Aufgabe Medienkompetenz zur Produktion von Radio und Fernsehen zu machen, im Jahr 2010 ungefähr 940 Aktivitäten mit Gruppen veranstaltet habe. Es seien also fast 1.000 Gruppenaktivitäten mit Schulklassen, Jugendgruppen, Konfirmandengruppen und Volkshochschulgruppen gewesen. Hier tausche man sich sehr intensiv mit TIDE aus, allerdings allein konzeptionell. In Hamburg erlebe man immer wieder, dass die Nachfrage nach einem „Gametreff“ auch dort groß sei. Dieses sei eine Veranstaltung, wo Erwachsene Videospiele spielten, damit sie wüssten, was ihre Kinder eigentlich so trieben. Wenn man das in Hamburg erzähle, käme immer der Wunsch, dass es dieses in Hamburg auch geben solle. Der OKSH als schleswig-holsteinischer Rundfunk könne keine Veranstaltung in Hamburg anbie-

ten. Beim Projekt Wegenutzung zum Beispiel stimme sich der OKSH zuerst mit TIDE ab. Dieser Austausch von Konzepten funktioniere ganz gut, auch wenn es manchmal eher nur in die eine Richtung gehe als in die andere.

Es gebe eine dritte Aufgabe des OKSH, welche die Unterstützung von Minderheitensprachen sei. Da sei die Kooperation mit Hamburg nicht so richtig angesagt. Der Sendebereich des „Friesfunk“ auf die Freie und Hansestadt Hamburg auszudehnen, ergebe keinen Sinn. Man fühle sich summa summarum mit dieser lokalen regionalen Rolle -der Kanal sei eine landesweite Einrichtung, aber an vielen lokalen Stellen- sehr wohl. Jetzt komme, was in seiner schriftlichen Stellungnahme (Kommissionsvorlage 17/118) nicht stehe. Dieses könne er nur in Einschränkung auf nicht kommerzielle Medien sagen. Zu den kommerziellen Medien könne er nichts sagen. Er könne auch nichts zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk des NDR sagen, sondern nur zu den nicht kommerziellen Medien, die in Schleswig-Holstein fast ausschließlich als Offener Kanal bestünden. Für den OKSH gebe es betreffend der Kooperation ein Vierstufenmodell und die wichtigsten Stufen seien die ersten beiden: die lokale und die regionale Kooperation, also beispielsweise die Kooperation in Flensburg mit der dortigen Volkshochschule. In Kiel arbeite man sehr intensiv mit der Industrie- und Handelskammer zusammen, indem man gemeinsam beispielsweise die „Mediatage Nord“ veranstalte oder Veranstaltungen per Aufzeichnung übertrage. So gebe es vor Ort immer viel ganz intensive Zusammenarbeiten. Man habe im Jahr 2010 eine Liste mit nach seiner Erinnerung 330 Kooperationspartnern erstellt. Diese seien Schulen sowie alle möglichen Einrichtungen quer durch die Gesellschaft. Manchmal müsse man eine regionale Kooperation eingehen, weswegen er das Projekt „Fischaugen“ erwähnt habe. Wenn der OKSH mit seinem Mediacamp durchs Land ziehe, dann könne man dieses vor Ort organisieren mit der Gemeinde oder dem Kreis oder der AktivRegion Holsteiner Auenland. Das sei immer eine sehr begreifbare Ebene. Dann gebe es für den OKSH die Kooperation mit TIDE in Hamburg, welche -wie bereits erwähnt- eher im Bereich des konzeptionellen und technischen Austausches funktioniere. Dann gebe es die NOKO Bürgermedien, die Norddeutsche Kooperation Bürgermedien. Dieses umfasse -man solle sich nicht wundern- außer den üblichen Verdächtigen Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein auch noch Sachsen-Anhalt. Man führe gemeinsam die Ausbildung der Mitarbeiter durch. Ein Seminar zum Thema „Wie setzt man richtig Licht?“ natürlich auch für Leute aus Sachsen-Anhalt sinnvoll sei. In Schleswig-Holstein gebe es 11 Mitarbeiter im Offenen Kanal Fernsehen, die an zwei Standorten beschäftigt seien. Hierfür ein separates Lichtseminar anzusetzen, ergebe keinen Sinn. Das mache man dann schon gerne zusammen mit den Hamburgern unter anderem. In der NOKO versuche man auch die politische Artikulation des Offenen Kanals gegenüber Entscheidungsträgern auf Bundesebene zu konkretisieren. Die wichtigste Kooperationsebene sei für den OKSH die des Sendebereiches. Zwischen Region und lokal gelte, dass es die Grenze nicht gebe. Im Offenen

Kanal Flensburg arbeite man beispielsweise intensiv mit Apenrade Lokal TV zusammen. Dieses sei auch sinnvoll. Die Kollegen bekämen beim OKSH Geräte oder die Kollegen von hier würden dort hinfahren, um zu helfen. Apenrade Lokal TV sei eine kleine ehrenamtliche Einrichtung, wo der OKSH sehr schön unterstützen könne. Diese würde auch Beiträge beim OKSH senden. Der Grenzraum sei irgendwie ganz anders. Auch wenn Apenrade nicht zu Norddeutschland gehöre und der Titel der Enquetekommission eigentlich auf Norddeutschland fokussiert sei, wolle er diese Kooperation nennen. Dieses sei die Kooperationsebene, die dem OKSH in der Praxis sehr viel bringe. Die Kooperationen nach Osten mit den Offenen Kanälen und Rundfunkanstalten in Mecklenburg-Vorpommern brächten in der Praxis sehr viel.

Wenn man über das Land gehe und in einem Jahr in Wanderup sei -bei der Frau Abg. Nicolaisen sei der OKSH auch schon mal mit „Fischauge“ gewesen- und im nächsten Jahr im Holsteiner Auenland, dann denke man sich auch, dass die Schleswig-Holsteiner eigentlich gar nicht so gleich seien. Das seien schon äußerst unterschiedliche Leute. Da sei so eine regionale und lokale Kooperation eigentlich schon immer ein ganz großer Schritt.

Auf eine Frage des Abg. Jezewski zur Zusammenarbeit in Richtung Mecklenburg-Vorpommern antwortet Herr Willers, dass es eine Zusammenarbeit des OKSH -von Zentrale zu Zentrale- mit der Medienanstalt in Schwerin gebe. Es gebe ein gemeinsames Projekt „Ostsee-Mediencamp“, wo man Jugendliche rund um den Ostseeraum einlade. Dieses tue der OKSH gemeinsam mit dem Landesjugendring, wenn etwas in Schleswig-Holstein stattfinde. Die Veranstaltung finde auch manchmal in der ehemaligen Stasi-Außenstelle in Rostock statt. Die angesprochene Frage zu Lübeck sei kurios. Es gebe seit 1992 den OK Lübeck und zwar auch als Radio OK. Dieses sei in der Annahme geschehen, dass dieser so nahe an der Grenze liege und man daher sehr gut einmal aus Mecklenburg-Vorpommern nach Lübeck kommen und seine Meinung sagen könne, so dass sie auch in der ehemaligen DDR zu hören sei. Man habe so gut wie keine Nutzer aus Mecklenburg-Vorpommern im Offenen Kanal Lübeck. Er habe noch nicht herausbekommen, warum dieses so sei. Er wisse dieses beim besten Willen nicht. Die Grevesmühlener blieben in Grevesmühlen oder würden sonst wo hin fahren, jedoch nicht zum Offenen Kanal Lübeck. Die Dänen seien da viel mutiger und motivierter.

Auf eine Frage der Abg. Strehlau zu projektweiser Zusammenarbeit gemeinsam mit Hamburger Schülerinnen und Schülern gebe antwortet Herr Willers, dass der OKSH in den einzelnen Projekten der Schulen gar nicht involviert sei, sondern dass dieses Projekte von lokalen Schulen wie dem Johannes-Brahms-Gymnasium, der Geschwister-Scholl-Begegnungsstätte, dem Gymnasium Eckhorst sowie in Norderstedt der Gesamtschule betreut würden. Dieses seien Projekte, die jeweils an den Schulen liefen. Diese Schulen verstünden sich selbst ohnehin ir-

gendwie als Teil des Hamburger Raumes. Die Schüler würden alleine nach Hamburg fahren. Die Kooperation von Schulen in Norderstedt, Pinneberg mit Schulen aus Hamburg aufgrund dieses Projektes gebe es nicht allein auch deswegen, weil diese vier Außenstudios seien die einzigen Radioaußenstudios, die TIDE habe. TIDE verfolge das gleiche Konzept für Hamburg mit.

#### f) Sechster Block

Es erhält Herr Dr. Maier, Hamburger Senator a. D., von der GAL das Wort. Zu Beginn weist Herr Dr. Maier darauf hin, dass er in einer etwas anderen Situation sei als seine Vorredner. Er habe keine Zeitungsleserkenntnisse über schleswig-holsteinische Kulturinstitutionen. Er habe einen Blick aus Hamburg als Kulturpolitiker in den letzten Jahren. Bis 2008 sei er in Hamburg Vorsitzender des Kulturausschusses gewesen. Er habe allerdings auch einen Blick auf die Metropolregion. Dafür sei er in der Zeit zuständig gewesen, als er im Senat gewesen sei. Er habe auch eine Verbindung zu Schleswig-Holstein, da er in Kiel studiert habe. Als er sich zur Fragestellung der Enquetekommission, wie die Kooperation auf dem Gebiet der Kultur möglich sei, vorbereitet habe, sei seine erste Wahrnehmung gewesen, dass es hauptsächlich Konkurrenz im Norden im Kulturbereich gebe. Namentlich lokale Kulturinstitutionen -wie die Staatsoper in Hamburg, das Thalia-Theater, das Schauspielhaus, diese größeren öffentlich geförderten Häuser, für die das Land und die Stadt Hamburg relativ viel Geld ausgeben würden von sich aus spontan das ganze Umfeld in 50-60 km Entfernung als eher potenzielle Zuschauer wahrnehmen. Die Busse kämen abends mit den Besuchern an und die Leute stiegen aus. Wenn man daher beispielsweise dem Schauspielhaus in Hamburg sagen würde, eine Kooperation mit einem Theater in Kiel oder Lübeck aufzunehmen, dann stelle sich die Frage, was dort an Kooperation stattfinden solle. Anders sei dieses bei Privattheatern, welche nicht wie ein Stadttheater jeden Abend eine andere Aufführung hätten und dann ihre Abende von ihrem Ensemble her gestalten würden. Er meine Theater, die zum Beispiel mehrere Wochen hintereinander dasselbe Programm spielten und sich durchaus vorstellen könnten, auch in anderen Städten zu sein. Soweit diese einbezogen würden, wäre eine solche Kooperation möglich. An diesem Beispiel könne man aus seiner Sicht schon sagen, dass eine sinnvolle Kooperation im Bereich der Kultur die Felder definieren müsste, auf denen das passieren könne. Hier sei es als erstes natürlich naheliegend, zu schauen, wo schon etwas stattfindet und wie dieses funktioniere. Es finde eine Kooperation im Bereich der Filmförderung statt, um den prominentesten schon bestehenden Bereich zu nennen. Es finde etwas im Bereich der Landesmedienanstalt statt sowie -nach seiner neueren Kenntnis- Zusammenarbeit im Bereich der Metropolregion. Auf diese Felder wolle er noch eingehen. Das erste, was man schon festhalten könne, sei, dass man die Felder der Zusammenarbeit definieren müsse. Die Zusammenarbeit auf den Feldern finde immer nur statt, wenn diese institutionell gefasst seien, also

wenn zwischen den Beteiligten irgendeine Organisationsform geschaffen worden sei, über die Kooperation dann statfinde. Wenn man das Beispiel der Filmförderung nehme, sei diese ursprünglich einmal eine hamburgische Einrichtung gewesen. Dann habe Schleswig-Holstein auch eine sehr viel kleinere Filmförderung gehabt, jetzt sei es eine gemeinsame Anstalt beider Bundesländer und werde auch von den Senats bzw. Staatskanzleien beider Länder gesteuert. Dieses sei für diejenigen, die dort gesteuert würden nicht einfach. Trotzdem sei es aus seiner Sicht eine sinnvolle Einrichtung. Aus Hamburger Perspektive würde man sagen, dass im Bereich der Filmförderung 15 Millionen € im Jahr ausgegeben würden und dieeinzigsten öffentlichen Mittel davon kämen aus Hamburg, die anderen seien Sendermittel. Dieses führe hin und wieder einmal zu mancher hamburgischen Vergrätzung. Das könne man sich gut vorstellen, denn der Effekt der Filmförderung sei, - er wisse dieses, weil seine Frau dort die Geschäftsführerin sei- dass die Drehtage, die Indikator für den wirtschaftlichen Erfolg der Förderung seien, so aussehen würden, dass in Hamburg im Jahr 2010 1.424 Drehtage erfasst worden seien und in Schleswig-Holstein 839. Das bedeute, dass das Hamburger Geld sich erfreulich für die Zunahme von Drehtagen auswirke. Umgekehrt sei es für die Stadt Hamburg auch von großem Vorteil, dass man diese Drehmöglichkeiten, für die natürlich in Hamburg insgesamt stärkere Filmwirtschaft hätten. Insoweit sei diese Kooperation - auch wenn er die genannten Nebenbemerkungen gemacht hab e- eine Win-win-Situation in einem sinnvoll definierten Feld.

Auf die Landesmedienanstalt wolle er an dieser Stelle nicht näher eingehen, weil es hier eine institutionelle Zusammenarbeit und Probleme gebe, von denen das Publikum nicht so schrecklich viel habe.

Eine Sache, die jetzt hinzugekommen sei, bestehe über die Organisation der Metropolregion. Es habe sich dort ein Arbeitskreis Kultur gebildet, die „Arbeitsgruppe Kultur der Metropolregion Hamburg“. Das erste Projekt, welcher darüber organisiert worden sei, finde vom 19.08 bis zu, 21.08.2011 statt und nenne sich „Tage der Industriekultur am Wasser“. Dieses sei mit alten Schiffen, alten Schleusen, alten Hafenanlagen, alten Brücken, welche in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, in Hamburg und in Mecklenburg-Vorpommern zugänglich gemacht würden und hierzu würden Führungen organisiert. Dieses sei aus seiner Sicht eine vernünftige Idee, weil damit ein Element der Landeskultur in Szene gesetzt würde, welches ganz an die Lokalität gebunden sei und was dennoch den gemeinsamen Raum verbinde. Diese Einrichtungen seien ja ganz lokal und trotzdem würden sie unter dem gemeinsamen Gesichtspunkt vorgetragen, um die gemeinsame Industrie, Häfen, Schifffahrt, Fischereientwicklung vorzustellen. Zur Finanzierung sei zu sagen, dass der größte Teil der Mittel aus dem Topf der Metropolregion komme. Dieser werde von den beteiligten Bundesländern gefüllt und 35.000 oder 100.000 würden die Sparkassen dazu geben und dann gebe es noch kleinere Beträge. Auch

dieses habe irgendjemand organisatorisch in die Hand nehmen müssen. Hier sei es so passiert, dass es die Stiftung „Historische Museen Hamburg“ gebe, die ihren Museumsbesucherdienst organisiert habe, also insgesamt die organisatorische Arbeit gemacht habe.

Das Schleswig-Holstein Musikfestival werde nicht in kooperativer Form geführt. Dieser Prozess werde gelegentlich von Schleswig-Holstein bedauert. Viele Veranstaltungen fänden aber trotzdem in Hamburg statt. Wenn man dieses ändern wolle, müsste man eine Kooperation installieren und man hätte ein Namensproblem et cetera. So könne man sehen, wie Kooperationen sich entwickelten. Es sei insgesamt unabhängig vom politischen Handling eine Entwicklung aus der Logik der Sache.

Es werde derzeit diskutiert, ob man Ähnliches wie die „Tage der Industriekultur am Wasser in Gang setzen könne, wenn man einer niedersächsischen Idee folge. Die Idee in Niedersachsen solle sich „Kunstschiene“ nennen. Die Verantwortlichen hatten den Uelzener Bahnhof, gestaltet von Hundertwasser, fest im Auge und auf der anderen Seite die Kunstmeile rund um den Hamburger Hauptbahnhof. Die Idee sei gewesen, kleinste Bahnhöfe dazu zu nutzen, kleinere Kulturinstallationen, kleinere Ausstellungen zu organisieren, weil der Umstieg auf einem Bahnhof ein viel besuchter Ort sei. Diese sollten dann möglicherweise breiter bekannt und zugänglich gemacht werden, um ein norddeutsches Kunstbahnhofsflair zu produzieren, in dem sich die unterschiedlichen Lokalitäten auch unterschiedlich darstellen sollten.

Seine letzte Anmerkung beziehe sich auf die Hamburger Museen. In Hamburg sei man in der Sondersituation, dass man aufgrund der Geschichte Altonas ein Schleswig-Holsteinisches Museum in der Stadt habe. Dieses sei das Landesmuseum Schleswig-Holsteins, eigentlich bis 1936 oder 1935, weil ja dann der städtische Zusammenschluss stattgefunden habe. Altona sei einmal die zweitgrößte Stadt Dänemarks und die größte Stadt Schleswig-Holsteins bis dato gewesen. Noch heute sei im Museum ein nennenswerter Bestand von insbesondere naturhistorischen und Geschichte des Unterelberaums betreffenden Exponaten. Er halte es für denkbar, dass zwischen entsprechenden Museen in Schleswig-Holstein und diesem in Altona eine Zusammenarbeit organisiert werden könnte. Er halte es für ganz interessant auch unter gegenseitigem Hinweis. Bevor der Hamburger Senat zuletzt seine etwas kurzsprüngigen Kürzungsbeschlüsse losgetreten habe, habe es bei den „Historischen Museen Hamburg“ die Idee gegeben, eine Ausstellung aller Häuser mit dem Titel „Der Norden“ zu machen. Der Norden sollte nicht einfach so dargestellt werden, sondern auch ein bisschen unter dem Gesichtspunkt seiner Mythologie von den Nazis bis zu den skandinavischen Designern. Er fände es ganz schön, wenn so ein Projekt in dem angesprochenen Fall von den Beteiligten aus Hamburg, Schleswig-Holstein und vielleicht auch Niedersachsen aufgegriffen werden könnte.

Auf eine Frage des Abg. Jezewski zur Wahrnehmung des Nordens Schleswig-Holsteins aus Hamburger Perspektive und ob Kooperationen überhaupt denkbar seien antwortet Herr Dr. Maier, dass die Hamburger den Norden Schleswig-Holsteins eher als Segelquartier und nicht so sehr als Kulturraum wahrnehmen würden. Er glaube, dass es bei vielen Hamburgern ein Traumland sei. Es würden gelegentlich die Kirchenkonzerte wahrgenommen und für das Schleswig-Holstein-Musik Festival würden auch tatsächlich Hamburger gerne aufs Land nach Schleswig-Holstein fahren. Dieses geschehe sehr viel mehr, als wenn die Wendländer ihre Kulturfestivals ausrichten würden. Das Schleswig-Holstein-Musik-Festival sei demgegenüber eine ganz andere Dimension und für die Hamburger habe dieses auch so ein bisschen den Wochenend- und Ausflugscharakter, den man damit verbinden könne. Er glaube, dass beispielsweise eine Wanderung nach Lübeck oder nach Kiel in die Oper eher seltener sei. Wenn es gelegentlich vorkomme wie die Ringinszenierung vorvergangenes Jahr, die selbst in den Hamburger Medien gelobt worden sei oder das, was Simone Young in Hamburg gemacht habe, dann werde dieses auch eine gewisse Auswirkung haben, dass sich Hamburger dieses anschauen würden. Ansonsten sei man in Hamburg teilweise auch ein bisschen arrogant im Bezug auf die Umgebung. Dieses sei im kulturellen Bereich vielleicht noch am ehesten verständlich und in vielen anderen Bereichen nicht. Es sei auch festzustellen, dass die Künstler und die Kulturinstitutionen nicht zufällig in die Innenstädte hinein an den dichtesten Punkt dringen würden. Dieses liege in der menschlichen Natur. Dieses sei auch das Problem der Kreativwirtschaft hier. Man bekomme in diesem Bereich nichts hin, wenn man nicht auch kulturelle Verdichtungsformen schaffe. Eine Kunsthochschule könne so etwas sein, aber jenseits davon werde es schwierig.

In diesem Kontext gibt Abg. Jezewski den Hinweis, dass das Emil-Nolde-Museum von den Hamburgern sehr stark angenommen werde.

Auf eine Frage der Abg. Strehlau, wie ein gemeinsamer kultureller Raum Norddeutschland zu schaffen sei und die Hemmnisse zu „knacken“ seien, antwortet Herr Dr. Maier, dass von Herrn Mirow bereits einige Dinge angesprochen worden seien. Das Thema der leichten Verfügbarkeit von Räumen sei für redende Künstler aber auch für übende Musiker immer ein großes Thema. Wenn man ein Rockfestival hier habe, wo man auf der Wiese -in Wacken- ein ganzes Dorf aufmischen könne mit abertausenden von Leuten, sei das ein Attraktionspunkt. Ansonsten sei die Raumfrage im engeren Sinne, also wo man als Künstler malen, üben und Installationen herstellen könne, entscheidend. Sehr entscheidend sei es auch für alle kulturellen Positionen im Unterschied beispielsweise zu kulturellen Fertigungen, dass eine unmittelbare Face-to-face-Kommunikation in einer Kolonie sein müsse. Hierauf seien alle, die Ideen produzieren müssten und Bilder hervorholen sollten sowie Melodien und Töne elementar angewiesen. Ein ordentliches Kneipenviertel in Kiel im Zusammenhang mit einer Kunsthoch-

schule sei wichtig. Es wäre nicht schlecht für eine solche Sorte Attraktivität und für solche Art von Anziehungsfähigkeit, wenn man ein entsprechendes Milieu von kreativen Menschen schaffe.

Der Abg. Habersaat wolle im Anschluss daran zwei Bemerkungen anbringen. Er glaube, dass man mit dem benutzten Wort „knacken“, welches eben gesagt wurde, bei dem Kern dessen sei, was man in dieser Enquetekommission und in Zukunft einfach klären müsse. Vielleicht müsse man das gar nicht knacken. Vielleicht sei es toll, dass es in Hamburg ein riesengroßer Kristallisationspunkt von Kultur sei. Vielleicht könne man einfach davon profitieren, dass dieses ausstrahle und schauen, wie man in anderen Bereichen das ergänze, was man in Hamburg als Zentrum habe. Er habe sich sehr gefreut, dass die Enquetekommission heute einen Blick aus Hamburg heraus gehabt habe. Sonst sei es immer so, - wenn er das Beispiel aufnehme, das Herr Dr. Maier gesagt habe - dass man hier noch in dem Glauben sitze, dass die gemeinsame Filmförderung eine Kooperation auf Augenhöhe sei. Das sei diese nicht. Schleswig-Holstein präsentiere nicht immer in allen Punkten der Weisheit letzten Schluss. Insofern bleibe er auch bei dem, was die Enquetekommission vorher schon einmal in der vorvergangenen Sitzung angesprochen habe. Es könne natürlich in dieser Enquetekommission ein erster Schritt sein und der zweite müsse dann sein, mit den anderen Bundesländern gemeinsam das Ganze dann noch einmal zu spiegeln, was die Enquetekommission hier für sich aufarbeite. Sein Fazit aus allen heutigen Stellungnahmen sei eigentlich, dass man in der Kultur schauen müsse, wie man es schaffe, regionale Strukturen aufzubauen oder dort wo diese vorhanden seien, diese zu stärken. Aus diesen Strukturen heraus müsse man dann Zusammenarbeit untereinander möglicherweise fördern. Hiermit sei er wieder auf der institutionellen Ebene, die ihn zu seiner Frage führe. Er stellt an Herrn Dr. Maier die Frage, ob er die Metropolregion Hamburg als Institution für geeignet oder ausbaubar halte, um ein solcher Träger für Kultur werden zu können.

Herr Dr. Maier antwortet darauf, dass Hamburg und Schleswig-Holstein eine sehr unterschiedliche Ausgangslage hätten, was den Bereich der Filmförderung betreffe. Hamburg betreibe nach seiner Kenntnis schon seit 30 Jahren Filmförderung und sei die erste in Deutschland überhaupt gewesen und sei auch deutlich besser finanziert. Die schleswig-holsteinische Landesregierung habe diesbezüglich gut verhandelt. Sie habe hier eine institutionelle Augenhöhe erreicht. Der Umstand, dass die eine Seite mehr Geld gebe als die andere, mache sich sicher auch bemerkbar. Es mache sich auch bemerkbar, dass die meisten Filmproduktionsstätten in Hamburg lägen. Was die Anzahl der Drehtage angehe, sei er der Meinung, dass dieses eine sinnvolle Form des Verhältnisses zwischen einer Großballung von Menschen einer Großstadt und der Region darum herum sei. Diese Region darum herum könne ja schon gar nicht versuchen, eine genau so starke Rolle zu spielen. Dieses werde nicht gelingen. Sie kön-

ne aber ihre jeweilige Rolle wahrnehmen. Wenn man sich beispielsweise das Thema Kreativwirtschaft anschauet, dann sei es sicherlich so, dass das Hamburger Zentrum für viele anziehend sei. Wenn jedoch dann bestimmte Betriebe in die Scheinbereiche et cetera in die Produktion gingen, dann sei es durchaus attraktiv auch in den Hamburger Rand zugehen, ganz egal wo. Insofern nehme man als Schleswig-Holstein immer an einer Stärkung des Wirtschaftsraumes Hamburg teil. Es gebe auch wirtschaftsstärkste Regionen in Schleswig-Holstein, wo die Inlandsproduktion pro Kopf sehr hoch sei und dieses kein Verdienst von Hamburg sei. In der Metropole Hamburg sei aber die Generation von Wertschöpfung einfach stärker.

Zum Thema Metropolregion als geeignete Organisationsform für Kulturkooperation wolle er sagen, dass man diese ausbauen solle. Dieses sei jetzt ein Beispiel, wie die Metropolregion Hamburg aus sich selbst heraus auf neue Felder kommen könne. Diese habe traditionell viel mit Tourismusförderung zu tun gehabt. Hamburg habe immer das Thema Fläche bei Wohnungsbauflächen in den neunziger Jahren, nachher Gewerbeflächen sowie dann sehr stark später mit Ausgleichsflächen. Die schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Regionen hätten den Tourismus und kleine Hafenausbauten im Unterelbebereich et cetera gehabt. Wenn man das ausweite auf zusätzliche Felder, könne es sehr sinnvoll sein, weil sich dort schon eingearbeitete Kooperationsformen hergestellt hätten. Es sei ausgesprochen schwierig, Kooperationsformen neu zu installieren. Man könne manchmal Institutionen zusammenführen, wie es bei den Statistischen Landesämtern passiert sei. Jedoch einfach so vage in den Raum gestellt zu sagen: „Arbeitet mal zusammen, die Landeregierung grüßet Euch!“ funktioniere nicht. Da werde nicht viel passieren können. Die Organisationsform der Metropolregion zu entwickeln, sei selbst ein ausgesprochen schwieriger Prozess gewesen, weil Schleswig-Holstein ja völlig andere innere Landesorganisationen habe als Niedersachsen und Hamburg habe noch einmal wieder eine völlig andere. Hier laufe alles über den Senat. Es gebe die kommunale Ebene ja nur sehr begrenzt als Bezirke und Kreise habe man gar nicht. So eine Einrichtung ins Laufen zu bekommen und dieses mit Personen, die dieses regelmäßig täten, die sich kennen würden, sich vertrauten, auf neue Ideen eines anderen auch freundlich reagierten, das brauche Zeit und wenn diese verstrichen sei, dann könne man arbeiten.

Die Abg. Spoorendonk merkt an, dass sie persönlich der Meinung sei, dass dieses ein sehr interessanter Ansatz sei, weil dadurch eine neue Regionalität geschaffen werde. Allein diese sei aus ihrer Sicht schon bereichernd. Diese sei auch bereichernder, als wenn man sich ausschließlich mit dem Kulturkonsum beschäftige, also Leute, die das Schleswig-Holstein Musik Festival besuchten oder das Nolde-Museum. Diese wüssten schon, was sie täten und würden auch gerne reisen. Diese Art von Kulturkonsum finde sie wichtig. Sie glaube aber, dass man diesen weniger steuern könne. Vielleicht könne man beim Schleswig-Holstein-Musik-Festival sagen, je weniger Landesmittel man hineintue, desto größer sei das Risiko, dass alles nach

Hamburg komme. Je weniger man für die „Nordischen Filmtage“ in Lübeck tue, desto größer sei das Risiko, dass alles nach Hamburg komme.

Der Abg. Jezewski merkt an, dass es sehr offensichtlich sei, dass es dort gewaltige Synergieeffekte aber keine finanziellen Einsparungen geben werde. Eher sei das Gegenteil der Fall. Dieses liege thematisch völlig anders als die Themen, welche die Enquetekommission bisher behandelt habe. Ihm falle auf, dass beispielsweise das Landestheater, nachdem die Dynamisierung in der letzten Haushaltsberatung nicht erfolgt sei, sich Gedanken mache, wie es weitergehen könne. Einer der Pläne sei, die Musiksparte relativ zurückzufahren oder ganz einzusparen. Dann habe es selbstverständlich die Idee gegeben, mit dem Symphonieorchester Sønderjylland zu kooperieren und nicht mit einem Hamburger Orchester. Er glaube, hier sollte die Enquetekommission noch einmal hinschauen. Dieses bedeute sehr viel für den Landesteil Schleswig. Er habe auch keine Lösung und dieses sei auch kein Vorwurf. Er sei aber der Auffassung, dass dieses noch einmal eines genaueren Hinschauens bedürfe und gerade in der Kulturpolitik merke man deutlich, dass jede egal wie weitreichende Art von Kooperation, für den Landesteil Schleswig ganz andere Auswirkungen haben werde als für die Metropolregion Hamburg und auch den Rest des Landes.

Die Abg. Spoorendonk stimmt dem Abg. Jezewski zu. Sie wolle zu dem genannten Beispiel mit dem Symphonieorchester etwas sagen, weil sie diesbezüglich auch schon Gespräche geführt habe. Dieses sei ein gutes Beispiel, dass man die Kooperationen nicht mit der Brechstange durchführen könne. Einerseits wäre es sinnvoll. Es könne dazu führen, dass man perspektivisch dann auch einmal so eine Art A-Orchester hinbekommen könnte. Dieses wäre dann aus ihrer Sicht eine Zielvorstellung, die man haben könne. Andererseits wisse sie, dass die Betroffenen und nicht zuletzt auch diejenigen, die dann im Symphonieorchester Sønderjylland dabei seien, noch Bedenken hätten. Sie wolle deutlich und klar sagen, dass die Bedenken auch darauf bezögen, dass die finanzielle Lage des Landes Schleswig-Holstein bekannt sei und die dänische Seite auch nicht „auf Rosen gebettet“ sei und es aus dänischer Sicht nicht angehen könne, dass man das Schleswig-Holsteinische Symphonieorchester mit den stark begrenzten Mitteln retten solle. Man müsse stattdessen diese berühmte Win-win-Situation suchen.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Diskussion der vorläufigen Ergebnisse**

Dieser Tagesordnungspunkt wird ausgelassen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Die Abg. Strehlau merkt an, dass es noch zwei offene Fragen aus dem Einsetzungsantrag gebe. Von diesen betreffe eine den NDR sowie die Frage, wie in anderen schon zusammengeschlossenen Institutionen wie der DRV Nord oder der Nordelbischen Kirch die Kooperation laufe. Sie stellt die Frage, ob dieses zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen werde.

Der Geschäftsführer antwortet hierauf, dass die entsprechenden Institutionen angeschrieben seien und in Terminen nach der Sommerpause angehört würden.

Die stellv. Vorsitzende fragt, ob konkrete Punkte für die Fragestellung aus dem Einsetzungsbeschluss der Enquetekommission (Drs. 17/181) „Welche Anknüpfungspunkte für weitergehende Kooperationen im norddeutschen Raum ergeben sich aus der Föderalismusreform I und II?“ vorliegen. Sie weist darauf hin, dass die Geschäftsstelle darum bitte, dass die Fraktionen sich darüber Gedanken machen sollten, wie diese Frage analysiert werden solle beziehungsweise wie an diese Frage herangegangen werden solle. Dieses wolle die stellv. Vorsitzende mit auf den Weg geben.

Sie teilt den Mitgliedern der Enquetekommission mit, dass es den Wunsch des Rotary-Clubs Plön gebe, ein Mitglied der Enquetekommission für einen Vortrag zu gewinnen. Der Vorsitzende sei bereit, diesen Termin wahrzunehmen, was sie in Ordnung finde. Würde sich dieses zerschlagen, werde die Enquetekommission sicherlich jemand anders finden, der dazu bereit sei.

Die stellvertretende Vorsitzende kündigt an, dass die nächste Redaktionssitzung am 15. August 2011 sei.

Die stellvertretende Vorsitzende nimmt folgende Klarstellung vor: Die Reisekosten für Anzuhörende der Enquetekommission würden von der Landtagsverwaltung getragen. Dieser Hinweis diene der Information und Klarstellung, falls Fragen an einzelne Kommissionsmitglieder oder Fraktionen herangetragen würden.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Dr. Trauernicht, schließt die Sitzung um 16:10 Uhr.

gez. Gitta Trauernicht  
stellv. Vorsitzende

gez. T. Warnecke  
Geschäfts- und Protokollführer